

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

ZEITSCHRIFT DES BUNDES SOZIALDEMOKRATISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS



FP-Attacke gegen Antifaschisten

Antifaschisten sind Terroristen, und Hitler war kein Faschist: Auf diese Kurzformel lassen sich die jüngsten Auslassungen des neuen Simmeringer FP-Obmanns bringen.

Wiens Klubobmann Johann Hatzl verlangt von der FPÖ, ihn raschest aus dem Verkehr zu ziehen.

Eine unerhörte Provokation leistete sich der neue Bezirksparteiobmann der FPÖ-Simmering, Mag. Harald Stefan, im Bezirksblättchen seiner Partei. In diesem „Simmeringer Falter“ (wie kommt eigentlich die Wiener Stadtzeitung „Falter“ dazu, daß ihr eine Simmeringer Ausgabe unterjubelt wird?) klagt er zunächst darüber, daß der Zeitgeist tradierte Werte wie Pflichtbewußtsein, Ordnungsliebe, Familiensinn und Treue verpönt. „Fackelträger dieser Entwicklung ist der dauernd beschworene Antifaschismus“, will Stefan dann seinen Lesern, den „lieben Simmeringern“, weismachen.

Aber der FP-Mann steigert sich in sein Thema hinein. Er bezeichnet den Antifaschismus als eine undemokratische, als totalitäre, kryptokommunistische Gesinnung: die Antifaschisten glauben sich im Besitz der einzig gültigen Wahrheit und verlangen „das Verbot all dessen, was sie als faschistisch erkannt haben, ungeachtet der Meinungs-, Lehr-, Wissenschafts- und Pressefreiheit.“

Aber dann kommt Mag. Stefan erst so richtig in Fahrt: „Die Antifaschisten sind der Überzeugung, für die Durchsetzung ihrer Ziele auch das Mittel der Gewalt einsetzen zu dürfen. Und tatsächlich geht von dort

sehr viel Gewalt aus (Höhepunkt war der fehlgeschlagene Anschlag auf den Strommast in Ebergassing)“: Auf so provokative Weise setzt der Schreiber Antifaschisten mit Terroristen gleich!

Doch schließlich gibt er zu erkennen, woher der Wind weht: Die Antifaschisten bleiben eine Definition des Begriffes „Faschismus“ schuldig, behauptet er. Und dann wörtlich: „Sonst müßten sie sich eigentlich auf Vergleiche mit dem politischen System Italiens Ende der Zwanziger- bis Anfang der Vierziger Jahre beschränken.“ So wird kurzerhand Hitler vom Vorwurf des Faschismus reingewa-

schen! Es war der Obmann des SPÖ-Klubs im Wiener Gemeinderat und Simmeringer Bezirksparteivorsitzende Johann Hatzl, der auf diese provokatorischen Ergüsse aufmerksam machte. Er sieht sie nicht nur als eine Beleidigung aller Antifaschisten, sondern auch nahe an das NS-Verbotsgesetz gerückt. Hatzl forderte den Wiener FP-Chef Pawkowicz auf, sich nicht nur von den Äußerungen Stefans zu distanzieren, sondern sich raschest von ihm zu trennen. Sonst würden die Behauptungen der FPÖ, daß sie ihren „rechten Rand“ sauber halte, völlig unglaubwürdig.



Aus Anlaß des 70. Jahrestages des 15. JULI 1927
laden die Wiener SPÖ-Bildung und die Wiener Freiheitskämpfer
zu einer Gedenkkundgebung

„WEHRET DEN ANFÄNGEN!“

Begrüßung: Gemeinderat Ernst Woller
Es sprechen: Präsident a.D. Anton Benya
und Stadträtin Mag. Renate Brauner
Musikalische Begleitung: „Morgenrot“

**MONTAG, 14. JULI 1997,
18.00 UHR**
VOR DEM REPUBLIK-DENKMAL
AM RING
WIEN 1, SCHMERLINGPLATZ

In der Nacht vom 15. auf 16. Juli will ein Projekt-Team (Kurt Mayer und St. Balbach Art Produktion) durch eine Lichtinstallation ab Einbruch der Dunkelheit den Justizpalast zu einem „Denkmal auf Zeit“ machen.

Dieses Projekt „Justizpalast 27/97“ wird von der Kulturabteilung der Stadt Wien und dem Bundesministerium für Unterricht unterstützt.

Zwei Ausstellungen zum Nachdenken

Die Ausstellung über Wehrmachtsverbrechen im Rußlandkrieg wird nun doch in Graz gezeigt. Eine andere, in Berlin eröffnete Ausstellung erinnert an die „999er“, die sogenannte Bewährungstruppe, in die viele politische Gegner des Hitlerregimes gesteckt wurden.

Die sogenannte Wehrmachtsausstellung – der genaue Titel lautet: „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1945“ – schlägt in der Öffentlichkeit wieder einmal hohe Wellen. Nach langen, zum Teil heftig geführten Diskussionen steht nun fest, daß die Ausstellung (voraussichtlich zum Jahreswechsel) auch in Graz gezeigt wird. Nicht Politiker, mit Ausnahme unseres Freundes und Genossen Alfred Stingl, Bürgermeister der steirischen Landeshauptstadt, sind für die Ausstellung eingetreten, sondern engagierte Menschen aus allen Schichten der Bevölkerung. Die Vertreter der Soldatenverbände, die einen Dialog über eines der dunkelsten Kapitel des Nationalsozialismus ablehnen, und die Unbelehrbaren sind dagegen. Viele dieser Kritiker haben es jedoch schon bisher unterlassen, die Ausstellung zu besuchen. Vielmehr pflegt man das Bild einer heilen Wehrmacht in Romanen, Illustrierten und Bildbänden, die einen Soldaten zeigen, der nichts anderes wollte als die Heimat verteidigen. Es ist damit zu rechnen, daß die Ausstellung auch in Graz wieder negative Emotionen auslösen wird, obwohl sie kein Urteil über die Millionen Soldaten fällt, die zum großen Teil unfreiwillig in den Krieg mußten. Dazu ist schon sehr viel gesagt worden, und ehemalige Frontsoldaten, die sich nichts zu Schulden haben kommen lassen und die Ausstellung gesehen haben, wissen auch, daß sie nicht verallge-

meinert. Vielmehr hat auch so mancher bezeugt, das Verbrechen im Rußlandfeldzug keineswegs nur von SS- und Polizeieinheiten begangen worden sind.

Auch ein anderes Kapitel aus der Geschichte der Hitler-Armee sollte nicht vergessen werden: Das

Soldaten, darunter 24 Generäle, halb verhungert mit erfrorenen Gliedern den Kriegsgefangenenlagern Sibiriens entgegen. Nur 9.000 von ihnen sahen die Heimat wieder.

Die Niederlagen hatten das Oberkommando der Wehrmacht im

ein Drittel zu erklären politischen Gegnern des Regimes.

Die ersten Einheiten der Afrika-Division 999 wurden im März 1943 in Tunesien eingesetzt. Hier sollten sie den Rückzug des deutsch-italienischen Afrika-Korps gegen eine Einkesselung durch die US-Truppen decken. Ein anderer Teil der „999er“ kam im Mai 1943 als Besatzungstruppe nach Griechenland. Gegen Jahresende gelangten einzelne Bataillone in der Sowjetunion, am Dnjepr, zum Einsatz. Nachdem eine größere Zahl von Antifaschisten zur Roten Armee desertiert war, wurden alle politisch Vorbestraften entwaffnet und wieder nach Griechenland geschickt. Dort gerieten sie 1945 in britische Kriegsgefangenschaft.

Ehemalige Angehörige der Strafeinheiten der Wehr-

macht erarbeiteten eine Ausstellung über die „999er“. Sie wurde am 5. Mai 1997 in einem Saal der „Gedenkstätte Deutscher Widerstand“ in Berlin eröffnet. Als ehemaliger Angehöriger der „Bewährungstruppen“ wurde ich eingeladen, an der Eröffnung teilzunehmen. Die dort ausgestellten Fotos, Briefe, Befehle und Berichte erinnerten mich an die bittere und entbehrungsreiche Zeit, die ich als „Verbrecher in Uniform“ (so wurden die „999er“ genannt) verbrachte. Wer aber die wirklichen Verbrecher und ihre Befehlsggeber waren – das zeigt die Ausstellung „Vernichtungskrieg“.

Alfred Ströer



Zeitzeuge Ströer in der Berliner Gedenkstätte

Schicksal der „Bewährungstruppe 999“. Bis zur Schlacht von Stalingrad hatte es ja über den Hitlerkrieg nur Siegesmeldungen gegeben. Die große Wende kam 1942.

In Nordafrika, bei El Alamein, und eben in Stalingrad erlitt die Wehrmacht schwere Niederlagen. Dort verbot Hitler der 6. Armee den Ausbruch aus dem Kessel, und untersagte die Kapitulation, die Parlamentäre der Roten Armee im Jänner 1943 „zu ehrenhaften Bedingungen“ angeboten hatten. Das Ende war schrecklich. Am 2. Februar 1943, bei 24 Grad unter Null, wankten 19.000 deutsche

Oktober 1942 zur Aufstellung der „Bewährungstruppe 999“ veranlaßt; sie wurde auf dem Truppenübungsplatz Heuberg auf der

„Wehrunwürdige“ als Reserve

Schwäbischen Alb, einem ehemaligen Konzentrationslager, ausgebildet. Diese Truppe setzte sich aus von der Wehrmacht als „wehrunwürdig“ Ausgeschlossenen zusammen. Das waren mit Zuchthaus Bestrafte, der bürgerlichen Ehrenrechte Beraubte oder wegen staatsfeindlicher Betätigung gerichtlich Verurteilte. Von den etwa 28.000 „999ern“ zählte rund

15. Juli 1927: Schicksalstag der Republik

Der 15. Juli 1927 wurde zu einem Schicksalstag der Ersten Republik. Die 85 Opfer von Polizeikugeln auf den Straßen Wiens waren Blutzeugen auf dem unheilvollen Weg des Landes in den Faschismus.

Am 30. Jänner 1927 waren in Schattendorf von Frontkämpfern, die aus einem Gasthaus auf zu einer Schutzbundversammlung vorbeiziehende Menschen schossen, ein Invalide und ein Kind ermordet worden. Am 14. Juli 1927 fand der Prozeß gegen die Mörder statt – und endete mit einem Freispruch. Der Tag darauf wurde zum „Schwarzen Freitag“ der Ersten Republik. Berittene Polizei ging mit einer Säbelattacke gegen Demonstranten, die vor dem Parlament gegen das Urteil protestierten, vor. Das hatte eine ungeheure Empörung der Arbeiter, die den Spruch der Geschworenen als maßloses Unrecht empfunden hatten, zur Folge. Vor dem Justizpalast am Schmerlingplatz eskalierten die Ereignisse. Es kam zu Angriffen auf Wachstuben und auf die Redaktionsräume der in der Umgebung gelegenen Redaktionen der deutschnationalen „Wiener Neuesten Nachrichten“ und der christlichsozialen „Reichspost“, die das Urteil gefeiert hatten. Der sozialdemokratische Parteivorstand hatte die spontane Reaktion der Massen nicht erwartet. Erst spät wurden Schutzbündler eingesetzt, um die von der Polizeibrutalität aufgewühlten Menschen zu beruhigen – es war zu spät. Einige unbesonnene Radikale waren in den Justizpalast eingedrungen und hatten Aktenbündel angezündet. Dadurch geriet das Gebäude in Brand, aus dem obersten Stock schlugen Flammen. Die Feuerwehr kam durch die erregte Menge nicht mehr durch, auch der aus dem Rathaus herbeigeeilte Bürgermeister Seitz bemühte sich vergebens, ihr einen Weg zu bahnen. Aber schon vor der Brand-

legung hatte der christlichsoziale Bundeskanzler Prälat Seipel seinem Innenminister Hartleb (vom Landbund, es regierte eine Bürgerblock-

einheit wurde mit Karabinern ausgerüstet. Schober erteilte den Wachleuten den Schießbefehl. Um 14.30 Uhr begann die Polizei, den

nieder, die zweite Reihe blieb stehen, und schon wurde die Salve abgefeuert.“

Das Eingreifen der Polizei wurde zum Massaker. 85 tote Zivilisten auf den Straßen Wiens, dazu Hunderte Verletzte – das war die furchtbare Bilanz dieses Tages. Zum Teil wurden die Menschen regelrecht verfolgt – „manchmal hat's schon ausg'schaut wie eine Hasenjagd“, mußte selbst der Innenminister nachträglich zugeben. Wie wenig von einem Aufstand oder auch nur von „Notwehr“ angegriffener Wachleute die Rede sein konnte, geht schon daraus hervor, daß die Opferbilanz unter der Polizei vier Tote waren.

Bei der Suche nach der Ursache der Empörung versuchte man, dem leidenschaftlichen Leitartikel von Friedrich Austerlitz in der „Arbeiter-Zeitung“ die Schuld an den Unruhen zu geben. Doch es war wohl so, wie Rosa Jochmann berichtet, „die meisten von uns hatten den Artikel gar nicht gelesen“. Vielmehr war es die Empörung darüber, wie wenig in diesem Staat ein Arbeiterleben offenbar galt.

Seipel verweigerte nach den Ereignissen jede Amnestie von Arbeitern, die wegen „Aufruhrs“ vor Gericht gestellt wurde: Er wurde zum „Prälaten ohne Milde“. Streikbewegungen gegen die Härte des Kanzlers verliefen im Sand. Die Sozialdemokratie hatte durch die Gewalt der bürgerlichen Regierung eine Niederlage erlitten. Der blutige 15. Juli 1927 ermutigte die Heimwehren und alle Gegner der Demokratie, den Weg zum Faschismus zu beschreiten.



Weh, daß ihr vergessen habt, daß ihr Menschen seid!

**„Weh, daß ihr vergessen habt, daß ihr Menschen seid“
Zeichnung aus dem „Kleinen Blatt“, 1927**

koalition) und dem Polizeipräsidenten von Wien, Schober, den Auftrag gegeben, gegen die Demonstration mit aller Gewalt vorzugehen. Seipel sah in dem Aufruhr den Versuch einer sozialistischen Revolution – oder gab dies zumindest vor, um den Aufstieg der Sozialdemokratie, die bei den Wahlen im April 1927 einen großen Stimmenzuwachs hatte verzeichnen können, zu stoppen. Eine Polizei-

Schmerlingplatz zu „säubern“. Rosa Jochmann, eine der vielen Augenzeug(inn)en, die mit einer Demonstrantengruppe bis zum Volkstheater gekommen war, berichtete darüber: „Plötzlich stockte der Zug, irgendetwas hinderte die Ersten am Weitermarschieren. Ich trat aus dem Zug, und zu meinem namenlosen Entsetzen sah ich, ungefähr dreißig Meter entfernt, zwei Reihen Wachleute stehen. Die erste Reihe kniete

EHRE, WEM EHRE GEBÜHRT

Man kann es zweifellos so sehen: Zwei ältere Herren wollen einem alten Herrn eine Freude machen. Beispielsweise dadurch, daß sie ihn zum Ehrenbürger jener Stadt vorschlagen, deren Gemeinderat ihn vor etlichen Jahren durch die Rathauswache aus dem Sitzungssaal tragen ließ. Man kann aber auch anderer Ansicht sein und meinen, daß eine Partei, die immer noch Wert darauf legt, als Partei im historischen Sinn zu gelten, ihre Geschichte nicht allzu schnell vergessen darf. Wenn sie zu der Ansicht gelangt, daß diese Geschichte umzuschreiben ist, weil eine frühere Entscheidung als Fehlentscheidung zu betrachten ist, dann muß das offen gesagt werden. Aber sich darüber mit einer Ehrung hinwegzuschwindeln, die notwendigerweise aus der Biographie des zu Ehrenden ganze Seiten herausstreicht, ist dieser Partei nicht würdig.

70 JAHRE RATHAUSWACHE

Nach dem blutigen Freitag vor dem Justizpalast rief Bürgermeister Seitz am 17. Juli 1927 eine Gemeindefürsorgeeinheit ins Leben. Sie sollte das Rathaus beschützen und in Hinkunft gewalttätige Zusammenstöße zwischen Demonstranten und der Polizei verhindern; sie setzte sich aus rund 1300 Schutzbündlern und Feuerwehrleuten zusammen. Viele von ihnen nahmen 1934 an den Februartagen teil; die letzten hundert Mann mußten sich beim Wasserturm in Favoriten ergeben und wanderten ins Lager Wöllersdorf. Richard Schmitz, der Bürgermeister Seitz mit Polizeigewalt aus dem Rathaus entfernte, richtete eine militärisch organisierte Rathauswache ein. 1938 zog eine erneut „gesäuberte“ SA-Rathauswache ein. Im April 1945 erhielt Leopold David von Bürgermeister Körner den Auftrag, eine neue, demokratische Rathauswache aufzustellen. Von 17. bis 27. Juli ist in der Volkshalle des Wiener Rathauses, täglich von 10 bis 20 Uhr, die Ausstellung „70 Jahre Wache Rathaus“ zu besichtigen. Eintritt frei.

Die Frauen von Ravensbrück

Am 23. Mai beging die „Österreichische Lagergemeinschaft Ravensbrück“ den 50. Jahrestag ihrer Gründung. In Ravensbrück waren an die tausend Österreicherinnen inhaftiert, unter ihnen Rosa Jochmann.

Unsere Land schuldet dem aufklärerischen Engagement der Lagergemeinschaft Ravensbrück großen Dank“, sagte Altbundeskanzler Franz Vranitzky bei der großen Festveranstaltung zu deren 50jährigem Bestehen im Alten Wiener Rathaus.

bekämpft werden. „Unsere neue, in Europa entstehende Gesellschaft muß alles daran setzen, daß die ökonomischen und sozialen Bedingungen so gestaltet werden, daß für die Entwicklung verbrecherischer politischer Träume kein Platz mehr bleibt.“

nen gehörte Käthe Leichter, die in der Gaskammer von Bernburg ermordet wurde, und die Klosterschwester Maria Cäcilia Autsch, die in Auschwitz starb. Auch die langjährige SPÖ-Frauenvorsitzende Rosa Jochmann, die stellvertretende Wiener

Landtagspräsidentin Helene Potetz und (nach dem 20. Juli 1944) der Wiener Altbürgermeister Karl Seitz waren hierher deportiert worden.

Im Mai 1947 wurde die „Lagergemeinschaft Ravensbrück“ gegründet; ihre erste Vorsitzende war Mela Ernst. Unter den späteren Vorsitzenden war Rosa Jochmann; heute ist es Friederike Sedlacek-Sinclair, die gemeinsam mit Rosa im Juli 1945 für die Heimkehr der noch in Ravensbrück verbliebenen Österreicherinnen sorgte. Die Vereinigung stellte sich unter anderem zur Aufgabe, die ehemaligen Häftlinge – viele von ihnen lebten in drückender Not – zu betreuen, deren Interessen wahrzunehmen und Aufklärung über das nationalsozialistische Unrechtsregime zu leisten. Gerade dieser wichtigen Arbeit widmet sich die Lagergemeinschaft auch heute noch.



Rudolfine Muhr und Rosa Jochmann bei der Gründung der Lagergemeinschaft

Es gehe darum, insbesondere die Jugend über die Geschehnisse in den Konzentrations- und Vernichtungslagern aufzuklären, „auch wenn keine Erzählung, keine Darstellung jemals voll begreiflich machen kann, wie es war.“ Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, die verschiedenen Formen sozialer Ausgrenzung von Menschen müßten schon im Keim erkannt und

Im Lager Ravensbrück im Nordosten Deutschlands waren von 1939 bis 1945 130.000 Frauen und Kinder und 20.000 Männer inhaftiert. Die ersten weiblichen Häftlinge waren 860 deutsche und sieben österreichische Frauen; insgesamt waren 800 bis 1000 Österreicherinnen hier inhaftiert (eine genaue Zahl ist nicht eruierbar, weil sie als Deutsche registriert wurden). Zu ih-

cherinnen sorgte. Die Vereinigung stellte sich unter anderem zur Aufgabe, die ehemaligen Häftlinge – viele von ihnen lebten in drückender Not – zu betreuen, deren Interessen wahrzunehmen und Aufklärung über das nationalsozialistische Unrechtsregime zu leisten. Gerade dieser wichtigen Arbeit widmet sich die Lagergemeinschaft auch heute noch.



Kranzniederlegung der Oberösterreicher

Das KZ in Floridsdorf

Die aus der antifaschistischen Aufklärungsarbeit nicht mehr wegzudenkende Gruppierung „Mauthausen aktiv“ hat nun auch in Wien, vor allem durch die Initiative unseres Genossen Hannes Schwantner, Fuß gefaßt. „Mauthausen aktiv - Wien“ lud in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Inneres und der österreichischen Lagergemeinschaft Mauthausen am 2. Mai 1997 zu einer Befreiungsfeier der KZ-Außenlager Floridsdorf und Jedlesee ins Bezirksmuseum Floridsdorf ein. Im Juli 1944 war es zur Errichtung der beiden Außenlager gekommen. Die Häftlinge, deren Anzahl im Laufe des Bestehens dieser KZ-Lager im 21. Bezirk Wiens ständig anstieg, mußten im wahrsten Sinn des Wortes Sklavendienste in Rüstungsbetrieben leisten, etwa bei der Heinkel-Werke-AG oder bei Hofherr-Schranz. Die von der Gruppe „Morgenrot“ musikalisch umrahmte Feierstunde wurde von Landtagspräsident a.D. Ing. Fritz Hofmann eröffnet, der eigenes Erleben aus dieser „Zeit ohne Gnade“ in seine Ansprache einbaute. Dr. Fritz Danimann von der Lagergemeinschaft Auschwitz hielt eine eindrucksvolle Gedenkrede. Betroffen hörte man ihm zu, als er das verbrecherische System der

Konzentrationslager am Beispiel von Mauthausen skizzierte, wo der individuellen, sadistischen Grausamkeit der SS buchstäblich keine Grenzen gesetzt waren. Danimann schloß unter Hinweis auf das „Jahr gegen Rassismus und Fremdenhaß“ mit einem Appell für mehr solidarische Aktionen, damit alle Bewohner dieser Erde ein menschenwürdiges Dasein führen können. Das ist wohl die beste Ehrung für die unsterblichen Opfer von 1934 bis 1945. In den nächsten Jahren plant „Mauthausen aktiv“, einen Gedenkstein für die KZ-Opfer in Floridsdorf zu setzen.

Vor 52 Jahren befreit

„Unserer Jugend muß immer wieder vor Augen geführt werden, wie es zu Mauthausen kommen konnte und warum es notwendig ist, daß wir uns gerade als Österreicher mit dieser furchtbaren Katastrophe auseinandersetzen“, umriß Innenminister Karl Schlögl bei der Feier anlässlich des 52. Jahrestages der Befreiung des Lagers die Sinnhaftigkeit solcher Gedenkstunden. Geschehenes Unrecht könne nicht wiedergutegemacht werden, aber man könne und müsse Zeichen der Aussöhnung und des Bewußtseins der moralischen Mitverantwortung Österreichs an den NS-Verbrechen setzen. In diesem Sinn würden auch Österreichs Beiträge zu dem von der EU proklamierten „Europäischen Jahr gegen Rassismus“ gestaltet werden. Unter den österreichischen Teil-

nehmern an der diesjährigen Befreiungsfeier befanden sich vor allem Mitglieder unseres Bundes aus Oberösterreich und Wien sowie eine Jugendgruppe. Das ehemalige Konzentrationslager Mauthausen war am 25. Mai auch das Ziel eines Besuchs unserer im April neu gegründeten Freiheitskämpfer-Bezirksgruppe Innere Stadt unter der Leitung der Bezirksvorsitzenden Edith Krusch und der Klubobfrau des 1. Bezirks, Gerti Distel. Den informativen Teil des Besuchs gestaltete Hannes Schwantner. In Mauthausen wurden die Teilnehmer von unserem Bundesvorsitzenden Alfred Ströer begrüßt, der als Zeitzeuge über die Gewaltherrschaft der Nazi und seine persönlichen gravierenden Erlebnisse während dieser Zeit berichtete.



Bezirksgruppe „Innere Stadt“ in Mauthausen

Gedenkfeiern - ständige Mahnung

Gedenkfeiern an die Opfer der Naziverbrechen seien eine ständige Mahnung, eine Gesellschaft aufzubauen, „die Gewalt verabscheut und unerschütterlich vom Prinzip der Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit aller Menschen ausgeht“, sagte Nationalratspräsident Heinz Fischer bei der Gedenkveranstaltung zum 52. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Ebensee. In diesem Zusammenhang kam er auch auf die „verbissenen und verbitterten Diskussionen“ um die Wehrmachtsausstellung zu sprechen. „Kein Mensch, der Ehre und Verstand hat, kann die schrecklichen Kriegsverbrechen, an denen auch Angehörige der Wehrmacht beteiligt wa-

ren, leugnen“, betonte Fischer. „Aber daß bei weitem nicht alle Angehörigen der Wehrmacht, in der viele Deutsche und Österreicher gegen ihren Willen Dienst machen mußten, an Kriegsverbrechen beteiligt waren, steht ebenfalls außer Zweifel. Wir müssen heute den Mut haben, vor Verbrechen, die zu tausenden tatsächlich verübt wurden, die Augen nicht zu verschließen; wir dürfen sie nicht unter den Teppich des Vergessens kehren, sondern sie als die Folgen der Hybris im Gedächtnis bewahren, daß ein Volk als Herrenrasse betrachtet wird und vermeint, über Leben und Tod der Angehörigen anderer Völker entscheiden zu können“.



Freiheitskämpfer-Ausstellung bei 1.Mai-Fest im Prater; rechts unser Finanzreferent Johann Kancz

Schäden der NS-Opfer

So unglaublich es klingt: Es gibt keine Auflistung der wirtschaftlichen Schäden, die die Verfolgten des Naziregimes in Österreich erlitten haben. Diesem Mangel will eine Initiative der Grün-Abgeordneten Terezija Stoitsits abhelfen; ein erster Schritt dazu war kürzlich eine stark besuchte Enquete im Budgetsaal des Parlaments. Schätzungen sprechen von einem Gesamtverlust von etwa 200 Milliarden Schilling. Stoitsits meint, daß sich Österreich zumindest bewußt werden sollte, daß auch diese wirtschaftlichen Opfer der NS-Verfolgten zum Wiederaufbau des Landes nach dem Krieg beigetragen haben. In der Darstellung der Enteignungsmaßnahmen hob Dr. Heinrich Gallhuber hervor, daß von den rund 3500 „Rechts“-Vorschriften der Nazi zur Entrechtung der Juden mehr als 700 den Raub von Vermögen betrafen. Univ.Prof. Gerhard Botz gab eine ausführliche Darstellung von Arierisierung und Wohnungsraub, Dr. Elisabeth Klamper berichtete über Arbeitsverbote und Ausbildungsentzug

Wir gratulieren:

Zum 96. Geburtstag: Johann Schmidberger, Wien. **95. Geburtstag:** Franz Skoranec, Franz Stern, Graz; Louise Axelrad, Arthur Burger, Helene Cmejrek, Leopold Hlavacek, Oskar Schreinhuber, Wien. **94. Geburtstag:** Franz Kotiza, Vösendorf; Josef Schinko, Wien. **93. Geburtstag:** Franz Pesek, St. Pölten; Johanna Krobath, Weiz; Franz Buchwald, Wien. **92. Geburtstag:** Alois Sieberer, Steyr; Margarete Demuth, Aloisia Grünwald, Karl Schmid, Karl Strasser, Wien. **91. Geburtstag:** Arnold Spillauer, Krems-Lerchenfeld; Friederike Schneeweiss, Salzburg. **90. Geburtstag:** Alois Essl, Linz; Johann Moser, St. Katharein/Laming; Anton Schütz, Emma Teynor, Wien. **85. Geburtstag:** Friedrich Prochazka, Baden; Gottfried Kreindl, Bruck/Mur; Albert Dietrich, Geras; Anton Winkler, Innsbruck; Franz Zöchling, Tümmitz; Alfred Augustin, Theresie Bachleitner, Franz Pixner, Otto Wolf, Wien. **80. Geburtstag:** Hilde Zechner, Bruck/Mur; Helene Reidl, Innsbruck; Paul Brixler, Johann Kaiser, Dr. Adolf Neurath, Engelbert Temmel, Margarete Trappl, Wien. **75. Geburtstag:** Mathias Lavender, Hornstein; Dipl.Ing. Ladislaus Runser, Klosterneuburg; Erna Putz, Salzburg; Hans Schickelgruber, St. Pölten; Ludwig Rechtberger, Steinbrunn; Johann Wilhelm Blaha, Walter Dorsch, Adalbert Eibl, Leopold Hirsch, Alois Höfinger, Kurt Holubarz, Maria Risavy, Alice Rusz, Anna Siczowsky, Wien.

Schmuggel für die Demokratie

Albert Dietrich war schon immer gradlinig. Trotz seiner 85 Jahre, die ihn heute ein wenig drücken, ist er noch immer der verantwortungsbewußte Funktionär, der er schon in der Ersten Republik war. Schon am 12. Februar 1934 führte die Gendarmerie eine Hausdurchsuchung bei ihm in Hollabrunn durch. Das hinderte ihn aber nicht, ab 15. Mai 1934 jede Woche 60 Kilogramm Druckschriften, insbesondere die illegale kleine „Arbeiter-Zeitung“, über die tschechisch-österreichische Grenze zu schaffen. Die Pakete, die für Uneingeweihte wie Eierkartons aussahen, wurden per Bahn und Straßenbahn zu den illegalen Wiener Übernahmestellen gebracht. „Mit Eierkisten bin ich zunächst nicht aufgefallen, da meine Eltern den Kleinhandel mit Ei-



Albert Dietrich

ern und Geflügel hatten und auch ich damit beschäftigt war“, erzählt Dietrich. „Insgesamt waren es etwa 4.500 Kilo wertvolles Informationsmaterial, das wir von Brünn in der riesigen Auflage von 80.000 Stück

über die Grenze geschafft haben. Am 15. September 1935 wurde ich verraten und beim Verhör blutig geschlagen. Die Bezirkshauptmannschaft Hollabrunn brummte mir eine Polizeistrafe von einem Jahr Arrest auf, und vom Gericht wurde ich zu einem Jahr Kerker verurteilt. Ich bin auch heute noch stolz auf meinen Einsatz. Ohne die regelmäßigen Berichte Dr. Otto Bauers und seiner AZ-Mannschaft wäre das Volk der Dollfuß-Schuschnigg-Propaganda und der illegalen Nazi-Propaganda völlig ausgeliefert gewesen.“

Sie sind von uns gegangen:

Die Wiener Sozialdemokraten trauern um **Josef Kostecky**, der Ende April im 84. Lebensjahr verstorben ist. Kostecky war von 1965 bis 1975 Obmann der SPÖ Simmering, gehörte dem Gemeinderat und dann dem Nationalrat an. Er war schon in der Ersten Republik aktiv in der sozialdemokratischen Bewegung tätig. **Ferdinand Hanzlik**, ehemaliger Schutzbündler aus Ottakring, ist im 89. Lebensjahr gestorben. In seinem Garten und seiner Schuhmacherwerkstätte fanden während der Verbotszeit illegale Zusammenkünfte statt. Noch jüngst setzte er sich für die Rückbenennung des Kernstockplatzes in Bebelplatz ein, leider bekam

der Platz den Namen „Familienplatz“. – In Linz starb 77-jährig **Johann Proschko**. Er war bis 1994 Mitglied des Landesvorstands der oberösterreichischen Freiheitskämpfer. Proschko mußte wegen seiner den Nazi-Verhören verschwiegenen teilweise jüdischen Abstammung, als die Aufdeckung drohte, seine Stellung als Magistratsbeamter aufgeben und wurde 1944 zum Stellungsbau der „Organisation Todt“ nach Italien beordert. Den dort seitens der SS drohenden Freiheitsbeschränkungen entzog er sich in den letzten Kriegswochen durch eine waghalsige Flucht in seine oberösterreichische Heimat.

Zeitgeschichte in Brünn

Die Stadt Brünn nimmt in der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung nach deren brutaler Zerschlagung im Februar 1934, als die Revolutionären Sozialisten von den Austofaschisten in den Untergrund gedrängt worden waren, einen bedeutenden Platz ein. Hier in Brünn war der Sitz des „Auslandsbüros österreichischer Sozialdemokraten“ (ALÖS) unter der Leitung von Genossen Otto Bauer. Mit tatkräftiger Unterstützung der deutschen und tschechischen Sozialdemokraten und anderer Antifaschisten der Tschechoslowakischen Republik konnten von den österreichischen Emigranten wesentliche Aktivitäten gesetzt werden. So wurden unzählige Flugschriften auf Dünndruckpapier und die Ausgaben der kleinformatigen illegalen Arbeiter-Zeitung hier hergestellt,

die auf vielfältigen geheimen Wegen nach Österreich gebracht wurden – ein wichtiges Gegengewicht zum Meinungsmonopol des autoritären „Ständestaates“. Ein Autobus voll interessierter Genossinnen und Genossen des Landesverbandes Niederösterreich unseres Bundes besuchte am 27. Mai in der Mährischen Galerie in Brünn die Ausstellung „Drehscheibe Brünn – Deutsche und österreichische Emigranten 1933-1939“. Die Gestalterin Dora Müller führte die Besucher zu den Schwerpunkten der eindrucksvollen zeitgeschichtlichen Dokumentation. Hugo Pepper sprach Worte des Gedenkens. Wir Österreicher begegneten in Fotos, Dokumenten, Briefen und Publikationen vertrauten Persönlichkeiten – neben Otto Bauer beispielsweise auch den beiden Mitgliedern der österreichischen „Vereinigung sozia-

listischer Schriftsteller“, Josef Luitpold Stern und Oskar Maria Graf.



Bayerns linker Dichter
O.M.Graf in Brünn

Man schimpft - und nimmt

Die regelmäßig wiederkehrenden Angriffe Jörg Haider auf die Oesterreichische Nationalbank sind bekannt. Die FPÖ geniert sich aber keineswegs, sich aus dem Jubiläumsfonds der Nationalbank bedienen zu lassen, wenn dies zum Ruhme ihres Parteichefs geschieht. So wurde aus diesem Jubiläumsfonds – zweifellos über ein Ansuchen des Projektanten – eine Studie des FP-Historikers Univ. Doz. Dr. Lothar Höbelt unterstützt, die die „Geschichte des Dritten Lagers und der FPÖ seit 1986“ darstellt. Sie analysiert den Obmannwechsel von Steger zu Haider beim Innsbrucker Parteitag 1986 und „beleuchtet den Wandel der FPÖ hin zur breiten Protestbewegung und scharfen Oppositionspartei im Gefüge des österreichischen Parteienspektrums“. Mit welcher „wissenschaftlicher“ Objektivität diese (Selbst-) Darstellung erfolgt, läßt sich leicht vorstellen.

Waggerl-Marke

Wenig Wissen um österreichische Zeitgeschichte beweist die Postverwaltung: sie begann mit 27. Juni mit der Ausgabe einer Sondermarke zum 100. Geburtstag des Dichters Karl Heinrich Waggerl. Soll der Vorsitzende der NS-Schriftsteller Salzburgs, in der Hitlerzeit auch Bürgermeister von Wagrain, als typischer und zu feiernder Repräsentant Österreichs wirklich auf Briefen in alle Welt gehen?

Ein ungeheuerlicher Vergleich

Einen ungeheuerlichen Vergleich leistete sich jüngst der „Europabeauftragte der Diözese Sankt Pölten“, jener Diözese, in denen Kurt Krenn Bischof ist. In einer FPÖ-Veranstaltung sagte Univ. Doz. Dr. Friedrich Romig im Zusammenhang mit einer Kritik an der Fristenlösung wörtlich: „Der Nationalsozialismus unterscheidet sich von unserer Demokratie dadurch, daß wir die Schreibtischtäter à la Eichmann ausgetauscht haben gegen die Abstimm-Mörder auf den Par-

lamentsbänken, mit dem Erfolg, daß wir zehnmal mehr Kinder umbringen als Hitler im Jahresdurchschnitt Juden umgebracht hat. Das darf doch nicht wahr sein, das kann doch nicht das Wesen der Demokratie ausmachen.“

Die Veranstaltung in Linz wurde vom freiheitlichen EU-Abgeordneten Peter Sichrovsky geleitet. Er fand es nicht für notwendig, gegen die skandalösen Äußerungen Romigs Stellung zu nehmen. SPÖ-Klubobmann Peter Kostelka ortete bei der FP

Handlungsbedarf, Sichrovsky sagte dazu, das sei die freie Meinung eines Diskutanten gewesen. Eine LIF-Abgeordnete meinte, solche Äußerungen passen offenbar zu dem von der FPÖ neuerdings proklamierten „wehrhaften Christentum“. Übrigens hat Dr. Romig vor einiger Zeit dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes Fälschung, Meinungsterror und linksextreme Subversion vorgeworfen und wurde deshalb wegen Ehrenbeleidigung verurteilt.

Rüstungs-KZ Seegrotte

Als im Osten und Süden Europas die deutschen Fronten zurückgenommen werden mußten und der „Totale Krieg“ ausgerufen wurde, beschlagnahmten die Nazimachthaber die Seegrotte in Hinterbrühl bei Mödling. In den leergepumpten Stollen brachte man Teilbetriebe der Heinkel-Werke unter.

Man wollte dort den ersten Düsenjäger der Welt „He 162“ produzieren.

Im September 1944 wurde das „Außenlager Hinterbrühl“ des Konzentrationslagers Mauthausen geschaffen. Tag und Nacht bauten Häftlinge das Lager. Schon kurze Zeit später wurde diese menschlichen



Bomberbau in der Seegrotte: der Düsenjäger half Hitler nichts mehr



Slowakische Antifaschisten in Hinterbrühl (mit unserem Mödlinger Obmann Min.a.D. Hesoun)

Wracks in der Produktion der Düsenjäger eingesetzt.

An diese Häftlinge erinnert seit 1988 in der Barbarakapelle der Seegrotte eine Gedenktafel. Auf dem offenen Gelände des Lagers gibt es seit 1989 einen Gedenkstein, der das Leid der Häftlinge zeigt. Bei Bombenangriffen auf das Flugzeugwerk verloren 36 Menschen das Leben, fünfzig kranke Häftlinge wurden in der Osternacht 1955 von SS-Scheren gegen mit Benzininjektionen getötet.

Am 1. April 1945 begann der Evakuierungsmarsch von 1884 Häftlingen in Richtung KZ Mauthausen. Die Aufzeichnungen über die Veränderungen des Häftlingstandes dokumentieren: 1624 angekommen, 56 vermißt oder geflüchtet, 204 Tote. Es waren engagierte Bürger aus Hinterbrühl, die vor zehn Jahren einen Verein gründeten und 1,6 Millionen Schilling sammelten, um wenigstens einen Teil des ehemaligen KZ-Geländes als Gedenkstätte zu erhalten. ■

Denkmal für Pogromopfer

Für die Opfer des Pogroms in der sogenannten Reichskristallnacht wurde nun in Innsbruck ein würdiges Denkmal an prominenter Stelle, gegenüber dem Befreiungsbogen beim Neuen Landhaus, errichtet. In der Nacht zum 10. November 1938 wurden nicht nur die Synagoge in der Sillgasse sowie Wohnungen und Geschäfte der nur rund hundert in Tirol lebenden Juden verwüstet und zahlreiche von diesen mißhandelt; junge SS-Männer ermordeten Richard Graubart, Wilhelm Bauer und

Richard Berger und verletzten Josef Adler so schwer, daß er wenige Wochen später starb. Öffentlich wurde über diese Verbrechen, die keineswegs der „kochenden Volksseele“ entsprangen, sondern nach Einsatzplänen der Naziorganisationen erfolgten, damals nicht berichtet. Nach 1945 wurden 26 Tiroler wegen Beteiligung an den Gewalttaten und Plünderungen zu zum Teil schweren Kerkerstrafen verurteilt, Haupttäter konnten nicht gefunden werden. Damit schien das Thema

für die Tiroler erledigt. Erst seit den siebziger Jahren begann eine neue Generation mit der Aufarbeitung der Geschichte der Verfolgungen und des Widerstandes. Dieses neue Bewußtsein führte schließlich auch zur Errichtung des Mahnmals in Gestalt eines hohen, siebenarmigen Leuchters, das nun auf dem Landhausplatz steht. Besonders erfreulich ist, daß dieses Mal von einem 18jährigen HTL-Schüler, Mario Jörg aus Fulpmes, entworfen worden ist.



Pogrom-Mahnmal in Innsbruck

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, 1010 Wien, Löwelstraße 18, Telefon 534 27 277, Fax 534 27-258, e-mail-Adresse: kaempfer@spoe.or.at.
Produktionsleitung: VWZ-Zeitschriftenverlag Ges.m.b.H., 1070 Wien, Schottenfeldgasse 24, Telefon 524 70 86-0. Hersteller: Gutenberg, 2700 Wiener Neustadt.

DUR. NR.: 0904783/K56

HERR

JOHANNES SCHWANTNER
DARINGERG. 14/25/6
1190 WIEN